

Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Rates der Stadt Aachen

Sitzungstermin: Mittwoch, 09.04.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:06 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Sibylle Keupen	

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Norbert Plum	
Hilde Scheidt	
Dr. Margrethe Schmeer	
Christoph Allemant	
Relindis Becker	
Sebastian Becker	
Ellen Begolli	
Silke Bergs	
Marc Beus	
Peter Blum	
Franca Braun	
Gaby Breuer	
Andrea Derichs	
Hans Leo Deumens	
Birdal Dolan	
Mathias Dopatka	
Elke Eschweiler	
Achim Ferrari	
Dr. Anja Fitter	
Annika Fohn	
Ulla Griepentrog	
Daniel Hecker	
Wilhelm Helg	
Johannes Hucke	

Name	Bemerkung
Klaus-Dieter Jacoby	
Hans Peter Kehr	
Holger Kiemes	
Nathalie Koentges	
Doris Kurschilgen	
Boris Linden	
Lars Lübben	
Iris Lürken	
Markus Mohr	
Sigrid Moselage	
Dr. Julia Oidtmann	
Wolfgang Palm	
Daniela Parting	
Hermann Josef Pilgram	
Hildegard Pitz	
Carsten Schaadt	
Karin Schmitt-Promny	
Jöran Stettner	
Dirk Szagunn	
Tobias Benedikt Tillmann	
Peter Tillmanns	
Jakob von Thenen	
Noah Wagner	
Renate Wallraff	
Monika Annette Wenzel	
Dr. Heike Wolf	

Schiffführung

Name	Bemerkung
Britta Hommelsheim	

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Harald Baal	entschuldigt
Jörg Bogoczek	entschuldigt
Dr. Sebastian Breuer	entschuldigt
Julia Brinner	entschuldigt
Wilfried Fischer	entschuldigt
Tobias Molitor	entschuldigt
Kaj Neumann	entschuldigt
Michael Servos	entschuldigt

Gäste:
Keine

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.02.2025 (öffentlicher Teil)	
4	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.02.2025 (öffentlicher Teil)	
5	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen für das Jahr 2025	FB 32/0065/WP18
6	Sofortprogramm zur Generierung von zusätzlichen Wohneinheiten, Förderprogramm "MitgeDACHt"- : Verlängerung der Richtlinie	FB 56/0600/WP18
7	Einführung der Bezahlkarte für Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	FB 56/0596/WP18
8	Kulturelles Leitprofil, Sachstandsbericht	E 49/0163/WP18
9	III. Änderung des Bebauungsplans Nr. 915 - Seffenter Weg / Melaten (Hochschulerweiterung) hier: - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB	FB 61/1068/WP18
9.1	III. Änderung des Bebauungsplans Nr. 915 - Seffenter Weg / Melaten (Hochschulerweiterung) hier: - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB	FB 61/1068/WP18-1
10	Anfragen	
10.1	Ratsanfragen	FB 01/0664/WP18
10.2	Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen	FB 01/0665/WP18
11	Ratsanträge	FB 01/0663/WP18
12	Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien	

TOP	Betreff	Vorlage
12.1	Umbesetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 07.04.2025	FB 01/0670/WP18
12.2	Umbesetzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 08.04.2025	FB 01/0671/WP18
13	Mitteilungen der Verwaltung	
14	AGIT mbH: Anpassung von Gesellschaftsverträgen an Änderungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Sammelbeschluss), hier: Tochterunternehmen der AGIT mbH	FB 20/0346/WP18
15	Benennung eines weiteren Gastdelegierten für die 43. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 13.05. bis 15.05.2025 in Hannover	FB 01/0669/WP18

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt für heute seien Ratsherr Baal (CDU), Ratsherr Bogoczek (DIE Zukunft), Ratsherr Dr. Breuer (GRÜNE), Ratsfrau Brinner (GRÜNE), Ratsherr Fischer (GRÜNE), Ratsherr Molitor (Die PARTEI), Ratsherr Neumann (GRÜNE) und Ratsherr Servos (SPD).

Als Stimmzähler*in sollen sich Ratsfrau Dr. Fitter (GRÜNE) und Ratsherr von Thenen (CDU) bereithalten.

Hinsichtlich der Tagesordnung teilt Oberbürgermeisterin Keupen mit, dass die Verwaltung zwei neue Tagesordnungspunkte in die Tagesordnung aufnehmen möchte. Zu TOP Ö 9 liege eine ergänzende Tischvorlage zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 915 vor. Diese solle als neuer TOP Ö 9.1 beraten werden.

Als neuer TOP Ö 15 solle die Benennung eines weiteren Gastdelegierten für die 43. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 13.05. bis 15.05.2025 behandelt werden.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Die Tagesordnung wird einstimmig mit den Änderungen angenommen.

Zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Frau H. nimmt Bezug auf ihre Frage aus der Ratssitzung am 09.10.2024 hinsichtlich der Parksituation am Hangeweiher, die sich seit der Einführung des Bewohnerparkens „U“ im vergangenen Jahr als schwierig erweise. Im Hinblick auf die Eröffnung der Freibadsaison am 01.05. möchte sie von Ratsfrau Parting wissen, wo die Badegäste ihre Fahrzeuge abstellen können. Weiterhin fragt sie, welche Änderungen bezüglich der Parkplatzsituation geplant seien und zu welchem Zeitpunkt diese umgesetzt werden sollen.

Ratsfrau Parting (SPD) teilt mit, dass sie mit der Verwaltung zu dieser Angelegenheit bereits im Austausch stehe. Zwischenzeitlich sei eine Evaluation zu der Belegung des Parkplatzes am Hangeweiher durchgeführt worden und auf der Grundlage der Ergebnisse werden aktuell Parkmöglichkeiten für die Freibadnutzer erarbeitet. Eine abschließende Entscheidung stehe somit noch aus.

Zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.02.2025 (öffentlicher Teil) ungeändert beschlossen

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 05.02.2025 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.02.2025 (öffentlicher Teil)
 ungeändert beschlossen**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 26.02.2025 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 5 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
 für das Jahr 2025
 ungeändert beschlossen
 FB 32/0065/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Aachen-Brand in ihrer Sitzung am 26.03.2025 geändert beschlossen habe. Wegen einer Terminkollision mit einer anderen Veranstaltung soll der Herbsttermin in Brand vom 19.10.2025 auf den 26.10.2025 verschoben werden. Aus diesem Grund müsse eine entsprechende Änderung in § 1 Ziffer 3 der ordnungsbehördlichen Verordnung vorgenommen werden, die mit dem durch den Rat zu fassenden Beschluss Berücksichtigung finde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt den beiliegenden Entwurf der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen für das Jahr 2025 als Ordnungsbehördliche Verordnung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 9 Gegenstimmen

**Zu 6 Sofortprogramm zur Generierung von zusätzlichen Wohneinheiten, Förderprogramm "Mitge-
 DACHt"- : Verlängerung der Richtlinie
 ungeändert beschlossen
 FB 56/0600/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf die vorliegende Tischvorlage. Diese enthalte eine Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich des geänderten Beschlusses des Wohnungs- und Liegenschaftsausschusses vom 01.04.2025 und der damit verbundenen Bitte, eine Anregung der Kommission für barrierefreies Bauen zur Änderung der Förderrichtlinien zu prüfen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt die Richtlinie zum Förderprogramm des Förderprogramms zur Generierung von zusätzlichen Wohneinheiten rückwirkend zum 01.01.2025.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

**Zu 7 Einführung der Bezahlkarte für Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
ungeändert beschlossen
FB 56/0596/WP18**

Ratsherr Deumens (Die Linke) berichtet in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender, dass der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie in seiner Sitzung am 03.04.2025 einen mehrheitlichen Empfehlungsbeschluss an den Rat getroffen habe. Im Folgenden möchte er für die Fraktion Die Linke zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Er sehe der aktuellen Entwicklung mit einer verschärften Migrationspolitik mit Besorgnis entgegen. Hilfseinrichtungen für Geflüchtete, wie z.B. das Café Zuflucht, stehen zunehmend unter Druck und das Wort „Willkommenskultur“ gerate immer mehr in Vergessenheit. Wie auch bereits in vergangenen Diskussionen ausgeführt, erachte die Fraktion Die Linke die Bezahlkarte für diskriminierend und inhuman. Darüber hinaus sei die Einführung der Bezahlkarte für die Kommunen mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Er freue sich, wenn durch den heutigen Beschluss, mit dem sich gegen die Einführung der Bezahlkarte ausgesprochen werde, ein Zeichen in Richtung Willkommenskultur in Aachen gesetzt werde.

Ratsfrau Braun (GRÜNE) stimmt den Ausführungen von Ratsherrn Deumens zu. Die Bezahlkarte biete keinerlei Vorteile und die Bekämpfung von Schlepperstrukturen sowie die Vermeidung von Überweisungen in das Herkunftsland beruhe nicht auf Fakten, sondern diene lediglich als Vorwand für die Einführung der Bezahlkarte. Aus ihrer Sicht solle stattdessen die Möglichkeit für legale und sichere Fluchtwege geprüft werden. Sie bedaure, dass die Einführung der Bezahlkarte auf Bundesebene umgesetzt werden soll und hinterfrage den damit verbundenen Verwaltungsaufwand. Sie betont, dass durch die Bezahlkarte die Teilhabe an der Gesellschaft massiv eingeschränkt werde, insbesondere auch für Geflüchtete unter 18 Jahren, die keine eigene Karte erhalten sollen. Aachen sei eine vielfältige Stadt, mit dem Ziel der Integration und Teilhabe durch viele verschiedene Projekte und sie wünsche sich, dass diese Stärke mit dem heutigen Beschluss untermauert werde.

Ratsfrau Koentges (SPD) teilt mit, dass auch die SPD-Fraktion dem Beschluss zustimmen und sich somit gegen die Einführung der Bezahlkarte in Aachen aussprechen werde. Neben verschiedenen Umsetzungsproblemen und einem Mehraufwand für die Verwaltung, stelle die Bezahlkarte aus Sicht der SPD-Fraktion eine Form der Diskriminierung und Stigmatisierung dar. Auch sehe die Fraktion keinen Hinweis auf flächendeckende Missbräuche von Sozialleistungen in der Vergangenheit, die einen solch tiefgreifenden Eingriff in die Rechte der Geflüchteten rechtfertigen. Das Land habe keine einheitliche Regelung getroffen und die Verantwortung an die Kommunen abgegeben. Die Sorge von Einzelnen, dass Aachen durch die Ablehnung der Bezahlkarte vermeintlich attraktiver werde sei unbegründet, da sich auch bereits andere Städte in Nordrhein-Westfalen, wie z.B. Bonn, Düsseldorf und Münster für die Opt-Out Regelung ausgesprochen haben. Sie freue sich, wenn mit dem heutigen Beschluss ein Zeichen gegen Diskriminierung gesetzt werde.

Ratsherr Tillmanns (CDU) führt aus, dass auch die CDU-Fraktion ihre Meinung zu der Bezahlkarte nicht geändert habe und mit dem heutigen Beschluss gegen die Opt-Out Regelung stimmen werde. Er bedaure, dass im Land Nordrhein-Westfalen und somit auch für die Städteregion Aachen keine einheitliche Regelung bestehe und die Kommunen somit unterschiedliche Entscheidungen hinsichtlich der Einführung treffen. Dies sei ein völlig falsches Signal, das allerdings aktuell nicht zu ändern sei. Bei der Entscheidung über die Einführung der Bezahlkarte handele es sich um einen politischen Abwägungsprozess, im Rahmen dessen für die CDU-Fraktion der Versuch im Vordergrund stehe, das Schleusertum einzugrenzen und zu verhindern. Auch wenn hierbei Unsicherheiten bestehen, die gegebenenfalls nachjustiert werden müssen, so möchte die CDU-Fraktion diesen Weg bestreiten. Man sehe in der Bezahlkarte keine Form der Diskriminierung, sondern sei davon überzeugt, dass diese möglichst diskriminierungsfrei gestaltet worden sei.

Ratsherr Helg (FDP) erklärt, dass auch die FDP-Fraktion sich nach ausführlicher Abwägung für die Einführung der Bezahlkarte ausgesprochen und eine Abschaffung der landesweiten Opt-Out Regelung begrüßt hätte. Insbesondere erachte die Fraktion es als problematisch, dass keine einheitliche Regelung hinsichtlich der Einführung bestehe. Bereits zu Beginn des Jahres haben diverse Großstädte in Nordrhein-Westfalen, wie z.B. Düsseldorf, Münster, Leverkusen, Mönchengladbach und Dortmund die Bezahlkarte abgelehnt. In der Städteregion Aachen

hingegen haben sich manche Kommunen für die Einführung der Bezahlkarte ausgesprochen. Es bleibe abzuwarten, welche Regelungen sich aus dem heute beschlossenen Koalitionsvertrag ergeben.

Ratsherr Mohr (AfD) bezieht sich auf die Aussage der GRÜNE-Fraktion, dass der Geldfluss ins Ausland nicht belegt werden könne. Dies sei nicht korrekt, denn die Bundesbank habe für das Jahr 2023 festgestellt, dass 830 Mio. Euro in Asylherkunftsländer und davon alleine 360 Mio. Euro nach Syrien transferiert worden seien. Er führt aus, dass im Ausland eine erhebliche Erwartungshaltung an die nach Deutschland eingewanderten Menschen bestehe, dass Gelder in die Heimatländer transferiert werden. Wenn diese Möglichkeit zum Geldtransfer ins Ausland nicht mehr vorhanden sei, entfalle der Erwartungsdruck und die Menschen seien finanziell besser aufgestellt. Somit sei die Bezahlkarte alles andere als inhuman und führe zu einer höheren Kaufkraft für die Flüchtlinge. Weiterhin sei die Bezahlkarte so ausgestaltet, dass für die Inhaber eine vollumfängliche Teilhabe am Leben ermöglicht werde. Auch das Schleppernetzwerk, das die illegale Migration fördere, werde entsprechend wirkungsvoll bekämpft. Aus den vorgenannten Gründen werde die AfD-Ratsgruppe sich für die Einführung der Bezahlkarte aussprechen. Der Verwaltungsaufwand sei überschaubar, der Nutzen sei erheblich, so dass die AfD-Ratsgruppe für die Einführung werben möchte. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass Aachen als Stadt ohne Bezahlkarte für Zuwanderungen innerhalb von Deutschland an Attraktivität gewinnen werde.

Ratsherr Szagunn (DIE Zukunft) nimmt Stellung zu der Aussage von Ratsherrn Mohr zu den Geldflüssen ins Ausland. Eine Bezifferung von Überweisungen in ein Land wie Syrien beinhalte keine Bestimmung über den Absender. Er betont, dass die Bezahlkarte diskriminierend und stigmatisierend sei. Zum einen schränke sie die Menschen in ihrem Einkaufsverhalten ein, da nicht alle Geschäfte die Karte akzeptieren und zum anderen sei nur ein geringer Bargeldbezug möglich. Aus diesen Gründen tendiere die Fraktion DIE Zukunft dazu, von der Opt-Out Regelung Gebrauch zu machen, solange dies möglich sei. Denn im Rahmen der Koalitionsbildung der Bundesregierung sei angekündigt worden, dass eine bundesweite Einführung der Bezahlkarte angedacht werde, verbunden mit der Sanktionierung im Falle eines Missbrauchs der Karte.

Ratsfrau Braun (GRÜNE) berichtet über eine Studie zu den Geldflüssen ins Ausland durch alle Migrant*innen, die in Deutschland leben. Diese belege, dass viele Gelder in die Herkunftsländer überwiesen werde. Es sei jedoch anzunehmen, dass Menschen, die in Deutschland arbeiten, erheblich mehr Geld für solche Überweisungen zur Verfügung haben als Menschen mit einem Regelsatz von 460 Euro.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Oberbürgermeisterin Keupen sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat Stadt Aachen beschließt, rückwirkend ab dem 07.01.2025 (Inkrafttreten) von der Opt-Out Regelung des § 4 Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW **Gebrauch** zu machen und die Leistungen nach dem AsylbLG im Regelfall nicht in Form der Bezahlkarte zu erbringen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 17 Gegenstimmen

Zu 8 Kulturelles Leitprofil, Sachstandsbericht ungeändert beschlossen E 49/0163/WP18

Bürgermeisterin Dr. Schmeer (CDU) führt aus, dass das vorherige, sehr gute Leitprofil aus dem Jahre 2009 viele gute Ansätze enthalten habe, jedoch zwischenzeitlich einer Überarbeitung in verschiedenen Aspekten wie z.B. Digitalisierung und Kooperationen erfordert habe. Sie bewerte positiv, dass im Rahmen von vier umfangreichen Workshops ein Kennenlernen und eine Vernetzung der Akteure der Aachener Kulturszene ermöglicht worden sei. Allerdings kritisiere die CDU-Fraktion die Moderation der Veranstaltung sowie das Ergebnis. Hier habe man sich einen konkreteren Maßnahmenkatalog gewünscht.

Ratsherr Mohr (AfD) äußert seine Verwunderung darüber, dass für die Durchführung der Workshops eine externe Agentur beauftragt worden sei, obwohl die Verwaltung eine solche Veranstaltung auch eigenständig hätte organisieren und umsetzen können. Hierzu bittet er um die Benennung der angefallenen Kosten für die Agentur im nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Weiterhin bezieht er sich auf die Vorlage mit den Ergebnissen der Workshops, die aus seiner Sicht zu unkonkret und nicht zielführend seien. Neue Erkenntnisse konnten nicht gewonnen werden, so dass die AfD-Ratsgruppe nicht die Notwendigkeit sehe, den Prozess weiterzuführen und somit den Beschlussvorschlag ablehnen werde.

Ratsfrau Bergs (GRÜNE) betont, dass eine Aktualisierung des Leitprofils aus dem Jahr 2009 unter Einbeziehung einer kulturellen Beratung dringend erforderlich gewesen sei. Im interfraktionellen Gespräch habe man sich auf die vier Handlungsschwerpunkte „Kultur und Stadtentwicklung“, „Audience Development“, „Kooperationen in der urbanen Kulturlandschaft“ sowie „Kultur und Nachhaltigkeit“ geeinigt. Mit den vier Workshops sei es gelungen, wertvolle Vernetzungen zu schaffen, eine enge Verzahnung und Kooperationen zwischen unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren der Aachener Kulturszene herzustellen, Synergien zu entwickeln und miteinander ins Gespräch zu kommen. Die Ergebnisse der jeweiligen Workshops seien zum einen als Status-Quo-Erfassung, aber auch als Ausblick auf die Maßnahmen, die sich bereits in der Umsetzung befinden sowie als Fazit mit entsprechenden Handlungsschwerpunkten zusammengefasst worden. Somit biete die Vorlage eine gute Übersicht über die kulturellen Aktivitäten in Aachen. Sie betont, dass diese Zusammenfassung ebenso wie die Kultur einer ständigen Entwicklung unterliege und als Grundsatzpapier dienen solle. Durch das Leitprofil werden grobe Leitlinien gesetzt und langfristige und allgemeingültige Visionen und Werte für die Kulturlandschaft definiert. Das Ziel sei dann die Überführung dieser groben Leitlinien in einen Kulturentwicklungsplan und somit in ein strategisches Handlungskonzept zur Förderung und Entwicklung der Kultur. Hieran werde in den nächsten Jahren intensiv gearbeitet, wobei eine regelmäßige Evaluation der Ergebnisse erfolgen werde.

Ratsherr Deumens (Die Linke) dankt im Namen der Fraktion Die Linke allen Beteiligten für die Umsetzung der Workshops. Es bleibe abzuwarten, welche der genannten Projekte in die konkrete Umsetzung gebracht werden können, aber die Fraktion Die Linke werde alle Maßnahmen mittragen können. Im Folgenden möchte er zwei Aspekte aus der Vorlage im Besonderen thematisieren. Er bezieht sich auf die Aussage, dass das Kulturpublikum möglichst die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln solle. Aus seiner Sicht sei dies ein sehr wichtiges und gutes, aber auch ein schwieriges Ziel, das unbedingt weiterverfolgt werden solle. Weiterhin zitiert er wie folgt aus der Verwaltungsvorlage: „Einkommensunterschiede dürfen nicht entscheidend sein für die Zugangsmöglichkeiten zu den Kulturangeboten.“ Hierzu habe er weitere, zielführende Maßnahmenvorschläge vermisst. Es werde angeführt, dass kostenfreie Nutzungen besser herausgestellt werden oder auch erweitert werden sollen. Allerdings seien viele Kulturangebote eben nicht kostenlos, so wie beispielsweise das Stadttheater. Die jüngsten Preiserhöhungen seien darüber hinaus auch eher kontraproduktiv, um viele Menschen an die Kulturangebote in der Stadt heranzuführen. Er regt an, dass man an dieser Stelle einen Hinweis auf den Aachen Pass einfügen und diesen auch verstärkt bewerben solle.

Ratsherr Pilgram (GRÜNE) weist darauf hin, dass der ursprüngliche Antrag der GRÜNE-Fraktion bereits aus dem Jahre 2018 stamme. Er bedauert, dass dieser zunächst nicht weiterbearbeitet worden sei. Die Vorlage beziehe sich auf den Antrag der GRÜNE-Fraktion aus dem Jahr 2021, aus dem sich ein guter Prozess in dieser Angelegenheit entwickelt habe. Im Folgenden bezieht er sich auf die stattgefundenen Workshops und bedankt sich bei allen Beteiligten für ihr Engagement. Da die Verwaltung in die Diskussionen mit eingebunden war, sei eine externe, objektive und unparteiische Moderation erforderlich gewesen. Insgesamt könne man feststellen, dass die Workshops zu einer erfolgreichen Vernetzung der Akteure und der Entwicklung von Ideen beigetragen haben. Besonders betonen möchte er, dass die im Beschlusstext erwähnten Maßnahmen und Vorschläge nun konkretisiert und priorisiert werden müssen und man eine transparente und strukturierte Planung benötige. Auch eine Benennung der Zuständigkeiten sowie eine Bezifferung der Kosten sei hierbei erforderlich. Wie Ratsfrau Bergs bereits ausgeführt habe, benötige man für die Umsetzung strukturierter Entscheidungen im kulturellen Bereich zwingend einen Kulturentwicklungsplan als Grundlage.

Ratsherr Tillmann (SPD) begrüßt ebenfalls die Überarbeitung des Leitprofils und den aus seiner Sicht gelungenen Prozess für diese Weiterentwicklung. Wie bereits durch seine Vorredner erwähnt, konnte eine große Vernetzung zwischen den städtischen Institutionen, der Politik und der freien Szene sowie auch innerhalb der freien Szene erreicht werden. In einem nächsten Schritt müssten die formulierten Maßnahmen nun weiter konkretisiert werden und an dem folgenden Prozess müsse man kontinuierlich weiterarbeiten, um auch auf neue Entwicklun-

gen reagieren zu können.

Ratsherr Mohr (AfD) bezieht sich auf den Wortbeitrag von Ratsherrn Pilgram und führt aus, dass auch die Verwaltung unparteiisch arbeiten könne, so auch im Rahmen einer Moderation. Dies sei aus seiner Sicht kein Grund dafür, Kosten für eine externe Agentur zu produzieren. Weiterhin betont er, dass die Kulturförderung, insbesondere für Menschen, die aus weniger privilegierten Verhältnissen kommen, in Aachen bereits gut funktioniere. So könne man als Inhaber des Aachen Passes die Museen kostenfrei besuchen und auch die Theaterbesuche seien hiermit erheblich vergünstigt. Um einen Einblick in das Leitprofil zu geben zitiert er wie folgt aus der Vorlage: „Die Einrichtungen sollten an die Neugierde der Menschen appellieren und die Faszination von Live-Erlebnissen herausstellen. Alle Kulturorte sollten mit ihren jeweils spezifischen Möglichkeiten Energie und Fantasie entwickeln.“ Aus seiner Sicht hätte man die Gelder für die Erstellung eines Leitprofils mit solchen Aussagen in andere Projekte investieren sollen.

Ratsfrau Moselage (FDP) teilt mit, dass das Kulturelle Leitprofil auch aus ihrer Sicht zu unkonkret sei. So können beispielsweise die dort genannten Ausführungen zur Kooperation der urbanen Kulturlandschaft auch für viele weitere Bereiche übernommen werden. Die FDP-Fraktion werde dem heutigen Beschluss zustimmen, verbunden mit der Bitte an die Fachpolitiker, das Konzept zu konkretisieren und den weiteren Fortschritt engmaschig zu begleiten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Erläuterungen zur Aktualisierung des Kulturellen Leitprofils der Stadt Aachen zur Kenntnis und beauftragt den Kulturbetrieb, das Theater und die VHS Aachen mit der Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen und Vorschläge der vier Themenbereiche der Workshops im Rahmen der zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 2 Gegenstimmen

Zu 9 III. Änderung des Bebauungsplans Nr. 915 - Seffenter Weg / Melaten (Hochschulerweiterung) hier: - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB

FB 61/1068/WP18

Zu 9.1 III. Änderung des Bebauungsplans Nr. 915 - Seffenter Weg / Melaten (Hochschulerweiterung) hier: - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB ungeändert beschlossen FB 61/1068/WP18-1

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf die ausliegende Tischvorlage und gibt das Wort für weitere Erläuterungen weiter an Beigeordnete Burgdorff.

Beigeordnete Burgdorff führt aus, dass im Hauptausschuss zum Thema Bauleitplanung und einer Verbesserung in der Bauleitplanung beraten worden sei. Hierbei habe sie unter anderem ausgeführt, dass die Größe der Bebauungspläne durchaus eine Herausforderung in der Rechtssicherheit darstelle. Hier liege nun ein solcher Fall vor, für den sie im Folgenden einen kurzen Rückblick über die Entwicklung geben möchte. Nachdem der Bebauungsplan Nr. 915 im Jahre 2010 aufgestellt worden sei, seien in den Jahren 2013 und 2020 einfache Änderungen vorgenommen worden. Dies bedeute, dass die Grundsatzsatzung durchberaten worden sei unter Abwägung aller Belange der Umwelt, der Mobilität sowie der Erreichbarkeit. Im Zuge der fortschreitenden Bebauung des Campus Melaten sei nun festgestellt worden, dass die im Bebauungsplan festgesetzte Regelung zur Unterbringung der

Stellplätze nicht mit einem zeitgemäßen Parkraummanagement vereinbar sei. Dies habe zwei Gründe, die auch in der Vorlage erläutert werden. Zum einen habe sich das Mobilitätsverhalten der Menschen verändert. Weiterhin setze der Bebauungsplan laut den Vorschriften zur Mobilität aus dem Jahr 2010 bislang fest, dass in den oberirdischen Gemeinschaftsparkgaragen, zur Abdeckung des Stellplatzbedarfs einer oder zweier benachbarter Bauflächen, nur die notwendigen Stellplätze für Bauvorhaben innerhalb der gleichen überbaubaren Fläche oder einer weiteren, unmittelbar benachbarten Baufläche untergebracht werden dürfen. Zwischenzeitlich habe man jedoch die Erkenntnis, dass die Parkhäuser durchaus auch etwas weiter als von dem konkreten Cluster weg gebündelt werden können, denn man möchte nicht zu viele Parkhäuser bauen wollen und im Rahmen der neuen Stellplatzsatzung solle eine gute Bündelung erfolgen. Aus diesem Grunde habe die Verwaltung eine erneute Änderung des Bebauungsplans vorgenommen, die sich ausschließlich auf das Thema `Parken` beziehe. Die Durchführung solcher vorgenannten Änderungen sei grundsätzlich nicht unüblich im Verfahren.

Die vorliegende Ergänzungsvorlage begründe sich darin, dass sich der Bebauungsplan Melaten über die Jahre mit dem Bebauungsplan Campus West verschränkt habe, denn im Hinblick auf die Planung der Brücke habe der Bebauungsplan Campus West in den Bebauungsplan Melaten hinübergegriffen. Im Rahmen des rechtssicheren Durchzeichnens des Bebauungsplanes habe das Geoinformationssystem darauf hingewiesen, dass ein rechtsgültiger Bebauungsplan bestehe und nun eine Änderung an einem weiteren, rechtsgültigen Bebauungsplan vorgenommen werde. Im Norden befinde sich somit eine kleine Fläche, bei der es sich um den Mobilitätseckpunkt der Brücke Campus West handelt. Hier müsse eine entsprechende Anpassung erfolgen, aufgrund dessen die Tischvorlage gefertigt worden sei.

Darüber hinaus möchte sie einen weiteren Aspekt vorbringen. Die Kommission Barrierefreiheit habe die Änderung des Bebauungsplans, die eigentlich als einfache Änderung nach § 13 Abs. 2 Baugesetzbuch vorgesehen worden sei, zum Anlass genommen, eine Stellungnahme abzugeben. Die Stellungnahme aller Belange sei aber im Grundbebauungsplan abgewogen worden. Trotzdem seien in dieser Stellungnahme wichtige und ernstzunehmende Hinweise enthalten, wie z.B. hinsichtlich der Erreichbarkeit der dezentralen Parkhäuser für Gehbehinderte und Schwerkörperbehinderte. Die Verwaltung werde diese Hinweise nun an die Parkraumbewirtschaftung der Campus GmbH weitergeben und dort auch dafür Sorge tragen, dass bei der Entstehung von neuen Parkhäusern an geeigneten Stellen und auch außerhalb dieser Parkhausbereiche, Behindertenparkplätze vorgesehen werden.

Bürgermeister Plum (SPD) dankt für die Erläuterungen und macht darauf aufmerksam, dass die entsprechenden Bebauungspläne für alle Interessierten im Ratssaal aushängen. Hinsichtlich des Hinweises, dass die Bebauungspläne zu groß seien, betont er, dass der Politik die Größe der Bebauungspläne durch die Verwaltung vorge schlagen werde.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Bericht der Verwaltung zur III. Änderung des Bebauungsplans Nr. 915 - Seffenter Weg / Melaten (Hochschulerweiterung) zur Kenntnis.

Er beschließt, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die zu sämtlichen Verfahrensschritten eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Der Rat beschließt weiterhin die zur III. Änderung des Bebauungsplans Nr. 915 - Seffenter Weg / Melaten (Hochschulerweiterung) - im Stadtbezirk Aachen-Laurensberg für den Bereich zwischen Seffenter Weg, Septfontainesweg, Willkommweg, Rabentalweg, Pariser Ring, Forckenbeckstraße, Otto-Blumenthal-Straße und Steinbachstraße gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 10 Anfragen

**Zu 10.1 Ratsanfragen
zur Kenntnis genommen
FB 01/0664/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf eine neue Ratsanfrage, die fristgerecht eingereicht wurde.

Beschluss:

Der Rat nimmt die nach der Geschäftsordnung fristgerecht eingereichten Ratsanfragen zur Kenntnis.

**Zu 10.2 Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen
zur Kenntnis genommen
FB 01/0665/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf eine neue Stellungnahme, die vorab versandt wurde, sowie eine weitere Stellungnahme, die heute als Tischvorlage ausliegt.

Beschluss:

Der Rat nimmt die von der Verwaltung vorgelegten Stellungnahmen zu verschiedenen Ratsanfragen zur Kenntnis.

**Zu 11 Ratsanträge
ungeändert beschlossen
FB 01/0663/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf drei neue Ratsanträge, die fristgerecht eingereicht und versandt wurden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 12 Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien

**Zu 12.1 Umbesetzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 07.04.2025
ungeändert beschlossen
FB 01/0670/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der Fraktion DIE LINKE mit Schreiben vom 07.04.2025 beantragten Umbesetzungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

**Zu 12.2 Umbesetzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 08.04.2025
ungeändert beschlossen
FB 01/0671/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der GRÜNE-Fraktion mit Schreiben vom 08.04.2025 beantragten Umbesetzungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

Zu 13 Mitteilungen der Verwaltung

Oberbürgermeisterin Keupen berichtet über die im März durchgeführte Delegationsreise in die Partnerstadt Kapstadt im Rahmen des 25-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft. Im Mittelpunkt der Reise habe der Austausch über zentrale Zukunftsthemen wie Bildung, nachhaltige Stadtentwicklung und ökologische Transformation gestanden. Der Besuch sei geprägt gewesen von einem lebendigen Ausdruck tiefer Verbundenheit, gemeinsamer Werte und echter Freundschaft sowie einem klaren Bekenntnis für die Zukunft der Partnerschaft. Ein besonderer Höhepunkt der Reise sei der Besuch der Pinguin-Aufzuchtstation SANCCOB gewesen, die mit viel Hingabe verwaiste und verletzte Tiere pflegt. Im August werde der Gegenbesuch der südafrikanischen Gäste in Aachen erwartet und sie lade schon jetzt alle Ratsmitglieder herzlich zu der feierlichen Unterzeichnung einer aktualisierten Absichtserklärung am 23. August um 11:00 Uhr in den Krönungssaal des Rathauses ein.

**Zu 14 AGIT mbH: Anpassung von Gesellschaftsverträgen an Änderungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Sammelbeschluss),
hier: Tochterunternehmen der AGIT mbH
ungeändert beschlossen**

FB 20/0346/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt den Anpassungen der Gesellschaftsverträge laut der beigefügten Anlage zu.

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, Änderungen in Form redaktioneller oder unwesentlicher Korrekturen sowie Änderungen, die von der Bezirksregierung im Rahmen des Anzeigeverfahrens veranlasst werden, vorzunehmen.

Die Beschlussumsetzung steht unter dem Vorbehalt eines positiv abgeschlossenen Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung Köln gemäß § 115 GO NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 15 Benennung eines weiteren Gastdelegierten für die 43. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 13.05. bis 15.05.2025 in Hannover
ungeändert beschlossen
FB 01/0669/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt als weiteren Gastdelegierten ohne Stimmrecht für die 43. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages:

Ratsherrn Peter Blum (FDP).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Britta Hommelsheim
Schriftführerin